

Inhaltsverzeichnis

Insel Gruppe

BE: Insel-Baustelle wächst über Areal hinaus
Der Bund

12.02.2020

Insel-Baustelle wächst über Areal hinaus

Spitalentwicklung - Das Inselareal wird noch lange eine Grossbaustelle bleiben - auch über die Grenzen des Areals hinaus. Denn die Medizinische Fakultät der Uni will in Spitalnähe Neubauten errichten. Eventuell auch auf Teilen des Bremgartenfriedhofs.

Simon Thönen

Das neue Sitem-Zentrum ist für Regierungspräsident Christoph Ammann (SP) einer der Leuchttürme, mit denen der Kanton die Insel zu einem führenden Medizinstandort der Schweiz machen will. Er wählte deshalb das neue Gebäude des Zentrums für Translationale Medizin und Unternehmertum (Sitem) auf dem Inselareal, um eine erste Bilanz zur Umsetzung der Regierungsrichtlinien zu ziehen (siehe Text rechts).

Allerdings ist der Neubau bei weitem nicht der letzte, der auf dem Areal realisiert werden soll. Das Berner Inselspital ist momentan mit dem Bau des neuen Hauptgebäudes eine Grossbaustelle. Eine solche wird es aber auch noch bleiben, wenn das Hauptgebäude 2023 erstellt und das alte Bettenhochhaus 2025 abgerissen sein wird.

Expansion auf Friedhof?

Ammann verwies gestern auf die weiteren geplanten Neu- und Umbauten des Inselspitals sowie darauf, dass auch die Medizinische Fakultät der Universität Bern diverse Neubauten plant, um die Forschung möglichst nahe beim Spital anzusiedeln. Bis 2034 sind Bauten der Uni im Umfang von über einer Milliarde Franken geplant.

Viele sollen auf dem Inselareal errichtet werden - aber nicht alle werden künftig dort Platz finden. Auf die Frage eines Journalisten, ob man plane, auch einen Teil des benachbarten Bremgartenfriedhofs zu überbauen, antwortete Ammann ausweichend: «Wir sind in alle Richtungen offen für Erweiterungen.»

Die Platzbedürfnisse der Medizinischen Fakultät auf und um das Inselareal werden momentan von einer Arbeitsgruppe abgeklärt, in der das Spital, die Uni und Stadt und Kanton Bern vertreten sind. Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) bestätigt auf Anfrage, dass der Bremgartenfriedhof ein Thema war, «allerdings nur eines von vielen».

Die Stadt habe, so von Graffenried, allerdings bereits klargemacht, «dass eine Überbauung von Grünflächen oder Grabfeldern nicht infrage kommt». Denkbar sei allenfalls «eine Verdichtung auf dem Gelände, wo heute Betriebsbauten des Friedhofs stehen». Also eine Aufstockung der Betriebsgebäude, «aber auch das nur, falls dies möglich ist, ohne den Betrieb des Friedhofs zu beeinträchtigen». Bereits abgelehnt habe er zudem den ebenfalls aufgetauchten Wunsch, das Brunnmattschulhaus für die Expansionspläne der Uni zur Verfügung zu stellen.

Generell unterstütze die Stadt aber, so von Graffenried, dass medizinische Forschung und Spital näher zusammenrücken, und sei bei der Standortsuche behilflich. «Die Stärkung des Medizinstandorts ist eine Kernachse für unsere wirtschaftliche Entwicklung.»

«Reine Planspiele»

Die Nähe zum Inselspital sei für die medizinische Forschung wichtig, betont auch Uni-Rektor Christian Leumann, «und da geraten wir auf dem Inselareal mittelfristig in Platznöte». Die Universität sei deshalb interessiert, weitere Landreserven in der Umgebung des Spitals zu finden. Vorerst handle es sich aber «noch um reine Planspiele, spruchreif ist nichts». Der Bedarf entstehe in einem Zeitraum bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Neben einer allfälligen Aufstockung der Betriebsgebäude des Friedhofs nennt Leumann die Aebimatte, das heutige

Bahndepot, das eventuell nach dem Umbau des Hauptbahnhofs nicht mehr von den Bahnen benötigt wird. Weitere Möglichkeiten seien Gebäude zwischen Murtenstrasse und den Bahngleisen gerade gegenüber dem Inselareal. Sowie auf der anderen Seite westlich des Spitals das kleine Industrieareal zwischen Weyeremanns- und Güterstrasse.



Auf dem Inselareal wird eifrig gebaut - und künftig wohl auch in der Umgebung. Foto: Adrian Moser

Investitionsstau - Suche nach einem Kompromiss

Nach dem Nein des Parlaments zu einem Fonds werden neue Ansätze diskutiert.

Simon Wälti

Die bernische Regierung sucht nach Lösungen, um die hohen Investitionen zu finanzieren. Dabei geht es etwa um Projekte für den Medizinalstandort oder für die Fachhochschule. Der Dialog mit dem Parlament sei im Gang, sagte Regierungspräsident Christoph Ammann (SP) an einer Medienkonferenz. Lösungen seien gefragt und zentral für die Politik. Der Mittelbedarf werde in den kommenden Jahren stark ansteigen. In den letzten Wochen hat eine Delegation der Regierung Lösungsansätze mit den Präsidien der Finanz- und der Baukommission diskutiert. Der Weg schein «erfolgversprechend».

Rückschlag im Herbst

Im Parlament musste die Regierung vergangenen September eine herbe Niederlage hinnehmen: Der Grosse Rat lehnte den geplanten Investitionsfonds zur Finanzierung ab. Die Mehrheit war der Ansicht, der Fonds verletze die Verfassung, weil dadurch die Schuldenbremse umgangen werde. Der Fonds sollte mit bis zu 700 Millionen Franken geäufnet werden.

Bei den Kommissionen kommt der neue Dialog gut an. Daniel Klausner (Grüne), Präsident der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK), sagt, die Gespräche verliefen in einer konstruktiven Atmosphäre. Entscheide seien aber noch keine gefallen. Auch Daniel Bichsel (SVP), Präsident der Finanzkommission, lobt das konstruktive Verhältnis. «Wir werden jetzt in den Kommissionen den Puls spüren.» Inhaltlich werden eine ganze Reihe möglicher Lösungen verfolgt. «Es geht sowohl um finanztechnische wie bautechnische Massnahmen», sagt Bichsel. Man habe vereinbart, über die konkreten Inhalte erst später zu informieren.

Denkbare Massnahmen

Im Grossen Rat wurde im September etwa über Baustandards oder Etappierungen diskutiert. Grundsätzlich ging es der Mehrheit des Parlaments aber nicht um eine Verzichtplanung. Die Gegner des Finanztopfs betonten, man stehe hinter den geplanten Projekten. Zudem reichte GLP-Grossrat Michael Köppli eine parlamentarische Initiative ein, die eine Flexibilisierung der Schuldenbremse vorsieht. Die Initiative ist pendent.

Nicht nur bei der Finanzierung, auch bei der Planung muss der Regierungsrat aber noch Hürden überwinden. So harzt es beim Campus in Biel. Das Grossvorhaben ist wegen eines Rechtsstreits blockiert. Immerhin soll bezüglich der technischen Umsetzung im Frühling Klarheit herrschen.

© Der Bund